



Sitzungsniederschrift öffentlich

öffentliche Sitzung des Umweltausschusses

Sitzungsort:	Stadt Norderney Aula, Kooperative Gesamtschule Norderney, An der Mühle 2	
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 16.08.2022	Niederschrift gefertigt am: 14.09.2022
	Beginn: 18:00 Uhr	Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

RM Vera Heckelmann SPD

Mitglieder

1.stellv. BM Axel Stange SPD
RM Alexandra Eggers SPD
RM Andreas Köhn CDU
RM Stefan Wehlage Bündnis 90/Die Grünen
BG Bernhard Onnen FWN

von der Verwaltung

BM Frank Ulrichs Bürgermeister

Protokollführer

Verw.-Angest. Irene Köß

von der Verwaltung

Dipl.-Ing. Frank Meemken
StAR Jürgen Vißer

Außerdem anwesend:

Hartmut Andretzke, BUND

Abwesend:

RM Ronny Aderhold
RM Nico Ennen
RM Jürgen Beißel
RM Manfred Hahnen

Tagesordnung (öffentlicher Teil)

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- TOP 2** Genehmigung der Niederschrift des Umweltausschusses vom 21.06.2022
- TOP 3** Verfahren zur Neuaufstellung einer Baumschutzsatzung für die Stadt

- TOP 4** Antrag Bündnis 90 / Die Grünen: Stoppen der Umweltverschmutzung durch Zigarettenkippen im städtischen Bereich
- TOP 5** Antrag SPD: Diskussion über Maßnahmen zur Begrenzung von Energieverbrauch bzw. Generierung erneuerbarer Energien
- TOP 6** Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 7** Anfragen und Anregungen
- TOP 8** Einwohnerfragestunde

Protokoll (öffentlicher Teil)

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Vorsitzende Heckelmann eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. 1. stellv. BM Stange stellt fest, dass ein Antrag der SPD zu Maßnahmen in der Energiekrise vorliege, und schlägt vor, diesen Antrag unter TOP 5 zu behandeln. Der Tagesordnung wird mit dieser Ergänzung einstimmig zugestimmt.

zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift des Umweltausschusses vom 21.06.2022

Die Niederschrift über die Sitzung vom 21.06.2022 wird mit 4 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

zu TOP 3 Verfahren zur Neuaufstellung einer Baumschutzsatzung für die Stadt Norderney, Beschluss zur erneuten Auslegung Vorlage: 01/SV/207/2022

Dipl.-Ing. Meemken erläutert die Vorlage mit Hilfe einer Beamer-Präsentation. Er teilt mit, dass die Verwaltung aufgrund entsprechender Eingaben im Beteiligungsverfahren eine Änderung des Entwurfs der Baumschutzsatzung in § 7 Abs. 1 vorschläge. Buchstabe a: „Wird für eine verbotene Handlung nach ... eine Ausnahme nach ... genehmigt, ist der Eigentümer zur angemessenen Ersatzpflanzung verpflichtet: Für jeden zu entfernenden Baum ... ist ein einheimisches Laub- oder Nadelgehölz (zweimal verpflanzt) ... standortgerecht nachzupflanzen.“ (Änderung entsprechend in § 7 Abs. 1 b) Wegen dieser Änderung des Satzungstextes (vorher zwei Bäume als Ersatz) müsse das Beteiligungsverfahren wiederholt werden. Er teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Umweltausschusses in diesem Jahr ein Bericht darüber erfolge, in welchen Bereichen die Gärtner der TDN in Sachen Grünflächenpflege tätig gewesen seien, insbesondere wo Bäume nachgepflanzt worden seien.

1. stellv. BM Stange erkundigt sich, was „zweimal verpflanzt“ in diesem Zusammenhang bedeute. Dipl.-Ing. Meemken antwortet, dass es sich bei dem Begriff um eine Baumschulqualität handele.

BG Onnen meint, dass es sich für Privatleute um eine weitere Reglementierung handele. In anderen Kommunen seien Baumschutzsatzungen nach einigen Jahren wieder aufgehoben worden. Er meint, dass eine Baumschutzsatzung auf der Insel nicht notwendig sei.

BG Wehlage stellt fest, dass Bäume wichtig für das Klima und für die Erholung seien. Eigentum verpflichte und eine Baumschutzsatzung halte dazu an, dieser Verpflichtung nachzukommen.

1. stellv. BM Stange stellt fest, dass die Baumschutzsatzung in der SPD-Fraktion kontrovers diskutiert werde. Er plädiert dafür, an bestimmten „Stellschrauben“ in dem Satzungsentwurf noch zu drehen (z. B. im Hinblick auf den Stammumfang von Bäumen), um eine größere Akzeptanz in der Politik und damit eine eindeutige Mehrheit im Rat zu erreichen.

Herr Andretzke weist auf die Zunahme von Schottergärten und Versiegelungen allgemein hin. Mit einer Baumschutzsatzung sei man auf der sicheren Seite.

RM Köhn ist der Auffassung, dass das Umweltbewusstsein immer mehr wachse. Er meint, dass es sich bei einer Baumschutzsatzung um eine „Überregulierung“ handele. BG Onnen ergänzt, dass man z. B. das Problem der Schottergärten mit den Baugenehmigungen in den Griff bekommen könne.

BG Wehlage macht darauf aufmerksam, dass in den letzten 20 Jahren viel Grün auf der Insel verloren gegangen sei. Ohne die Satzung würden nur wenige Privatleute abgeholzte Bäume ersetzen.

Beschluss:

Dem vorliegenden Entwurf zur Neufassung einer Satzung zum Schutz von Bäumen, mehrstämmigen Bäumen, Baumgruppen und Hecken der Stadt Norderney (Baumschutzsatzung), Fassung vom 03.08.2022 nebst Begründung wird zugestimmt.

Es wird beschlossen, den Entwurf der Satzung nebst Begründung gem. § 14 Abs. 2 NAGB-NatschG mindestens einen Monat lang bei der Stadt Norderney öffentlich auszulegen. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 14 Abs. 1 NAGBNatschG wird gleichzeitig durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
Nein:	2
Enthaltung:	0

zu TOP 4 Antrag Bündnis 90 / Die Grünen: Stoppen der Umweltverschmutzung durch Zigarettenkippen im städtischen Bereich

RM Wehlage erläutert die Vorlage. BG Onnen fragt, wie sich die Grünen die Überwachung vorstellten. RM Wehlage antwortet, es gehe hauptsächlich um die Schaffung einer Möglichkeit zur Entsorgung von Zigarettenkippen und um Aufklärung.

BM Ulrichs meint, dass die TDN eventuell die Mülleimer mit Auffangbehältern nachzurüsten könne. Man könne auch mit der Firma TobaCycle Kontakt aufnehmen. Auf der Homepage seien allerdings noch keine Preise ausgewiesen. Kommunen dürften leider im Bereich des Abfallrechts keine eigenen Satzungen beschließen. Man habe deshalb beim Landkreis Aurich nachgefragt, ob die Stadt Norderney in eigener Zuständigkeit Aufgaben für den Landkreis wahrnehmen könne, also auch die Verhängung von Bußgeldern.

Vorsitzende Heckelmann formuliert einen Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Hiermit beantragen die Mitglieder des Umweltausschusses, dass die Stadt Norderney für Aufklärungsarbeit zu sorgen hat und vernünftige Entsorgungsmöglichkeiten stellen soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu TOP 5 Antrag SPD: Diskussion über Maßnahmen zur Begrenzung von Energieverbrauch bzw. Generierung erneuerbarer Energien

RM Eggers erläutert, dass die SPD-Fraktion bezugnehmend auf die Energiekrise und die Meldungen zur Preisentwicklung bei den erneuerbaren Energien den folgenden Antrag gestellt habe: „Wir beantragen, dass die Verwaltung zusammen mit den Stadtwerken Aufklärungsarbeit sowohl in öffentlichen Workshops oder aber in der Presse anbietet und somit einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der sozial Schwächeren und der Mittelschicht leistet.“

BM Ulrichs erläutert, dass in der 35. KW vom regelmäßig tagenden Krisenstab der Stadtwerke (unter Beteiligung von Stadt und Staatsbad) geplante Maßnahmen der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen.

RM Wehlage plädiert für einen kontinuierlich tagenden politischen Stab. BM Ulrichs antwortet, dass im Krisenstab der Stadtwerke Fachleute säßen, die vieles anders beurteilen könnten, als dies der Politik möglich sei. Es gehe um das Ausloten der Spielräume in rechtlicher und technischer Hinsicht. Der Krisenstab gebe Empfehlungen an die politischen Gremien. StAR Vißer ergänzt, dass der Krisenstab sich auch mit Fragen beschäftige, die Haushalte betreffen (Kühlschranksnutzung, richtiges Lüften etc.)

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Stadtwerken Aufklärungsarbeit sowohl in öffentlichen Workshops oder in der Presse anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu TOP 6 Mitteilungen der Verwaltung

a) Dipl.-Ing. Meemken teilt mit, dass wegen der Wegeführung im Inselosten das Verkehrsplanungsbüro IRS und das Büro ecoplan eingeschaltet worden seien. Am 06.08.22 habe eine Verkehrserhebung stattgefunden. Zurzeit laufe außerdem eine Online-Befragung. Zu der Teilnahme daran lädt er die Bevölkerung und Gäste herzlich ein. Zum Jahresende sei

eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Wirtschaft, Tourismus und Verkehr sowie Umwelt geplant.

b) BM Ulrichs weist auf den neuen „Leitfaden „Handlungsoptionen für Kommunen zur Reduktion des Plastikmüllaufkommens“ hin, der demnächst auf der Homepage der Stadt veröffentlicht werde.

zu TOP 7 Anfragen und Anregungen

a) RM Wehlage erkundigt sich, wie hoch die Mehrbelastung der Stadt durch die Gasumlage sein werde. BM Ulrichs antwortet, dass die Zahlen noch nicht vorlägen.

b) RM Wehlage fragt, wie es auf dem Parkplatz C weitergehen solle. 2019 seien dort durch verschiedene Umstände viele Bäume in Mitleidenschaft gezogen worden. Einige Baumstümpfe trieben wieder aus. Anpflanzungen seien nicht erfolgreich gewesen. BM Ulrichs antwortet, er sei heute selber auf Parkplatz C gewesen und habe festgestellt, dass mindestens jeder zweite Baum wieder austreibe. Die Anpflanzungen seien noch sehr klein. Er erinnert daran, dass die Bäume, die ursprünglich vorhanden gewesen seien, für viel Unmut bei den Autoparkern gesorgt hätten. 1. stellv. BM Stange weist darauf hin, dass die Stadt nur einen Anteil von 50 % in der Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft habe.

c) 1. stellv. BM Stange weist darauf hin, dass die Aufforstung des Wäldchens nördlich der Tannenstraße nicht gelungen sei. Eventuell könne die Thematik im Umweltausschuss beraten werden. Dipl.-Ing. Meemken bestätigt, dass das Ergebnis extrem unbefriedigend sei. In der letzten Sitzung des Jahres solle über neue Planungen berichtet werden. Herr Andretzke ergänzt, dass er den Gärtnern vor den Aufforstungsarbeiten gesagt habe, dass an den Standort Kriechweide gehöre. Dipl.-Ing. Meemken erklärt, dass sich selbst Sanddorn dort schwertue. Der Standort sei problematisch.

d) Herr Andretzke erkundigt sich, ob die Stadt bei der Genehmigung der Schnellfähren eingebunden gewesen sei. BM Ulrichs antwortet, dass die Zuständigkeiten der Stadt durch die Schnellfähren nicht tangiert seien. Es handele sich um eine Bundeswasserstraße. Eine freiwillige Einbindung habe es nicht gegeben. Man müsse die Entwicklung im Blick behalten. Herr Andretzke macht deutlich, dass es sich bei den Schnellfähren um eine naturunverträgliche Fähr-Verbindung handele, die mit einer „extremen Lärmentwicklung“ verbunden seien.

zu TOP 8 Einwohnerfragestunde

a) Auf Nachfrage von Herrn Luttmann antwortet BM Ulrichs, dass man deutlich kommunizieren werde, falls der Landkreis der Stadt Aufgaben übertrage (z. B: Bußgelder verhängen; TOP 4).

b) Herr Luttmann spricht an, dass in der letzten Sitzung des Umweltausschusses darüber gesprochen worden sei, dass bei Veranstaltungen Kabelbinder etc. benutzt würden, die nach Abschluss der Veranstaltungen nicht ordnungsgemäß entsorgt würden. Er fragt, ob hier Gespräche mit Veranstaltern geführt worden seien. BM Ulrichs antwortet, dass er allgemein das Thema Müll bei Veranstaltungen beim Staatsbad angesprochen habe.

c) Herr Luttmann weist darauf hin, dass an der Meierei eine sehr gefährliche Situation existiere. Der Fahrradweg sei – für Autofahrer aus Richtung des Gewerbegebietes – durch Schilder und ein Gebüsch extrem verdeckt. StAR Vißer notiert den Hinweis.

d) Frau Krezmin bemängelt, dass in den WattWelten seit Jahren viele Geräte kaputt seien. Sie komme beruflich regelmäßig mit Kindern in die Einrichtung und habe zunehmend ein schlechtes Gefühl den jungen Besuchern gegenüber, weil der volle Eintritt gezahlt werden

müsse. Der Spieldurchlauf sei nicht möglich. BM Ulrichs antwortet, dass er den Unmut verstehen könne. Viele Geräte seien extra für dieses Haus konzipiert worden, hätten sich leider aus verschiedenen Gründen nicht bewährt. Leider existierten teilweise die Firmen nicht mehr, die die Geräte eingerichtet hätten. Weil die Geräte mit Fördergeldern angeschafft worden seien, könne man sie nicht ohne weiteres durch andere austauschen. Gerade seien wieder zwei neue Fachfirmen beauftragt worden.

e) Herr Geismann fragt vor dem Hintergrund des Tornados, der im letzten Jahr in Berumerfehn große Schäden angerichtet habe, und des Unwetters im Ahrtal, wie die Bürger im Ernstfall benachrichtigt würden. BM Ulrichs antwortet, dass der Bund überlege, Warnungssysteme als Ersatz für die abgebauten Sirenen zu installieren. Es sei ein Förderprogramm aufgelegt worden. StAR Vißer ergänzt, dass im nächsten Monat die Ordnungsämter vom Landkreis über die aktuelle Entwicklung informiert würden.

Vera Heckelmann
Vorsitzende

Frank Ulrichs
Bürgermeister

Irene Köß
Protokollführerin